

Egon Tuchtfeldt

WIRTSCHAFTSDEMOKRATIE UND DEMOKRATISIERUNG DES BILDUNGSWESENS

Die Diskussion um die Verwirklichungsmöglichkeiten der Wirtschaftsdemokratie kreist immer wieder um einige wenige Punkte. Mitbestimmung der Betriebsräte und Reform des Kammerwesens im Sinne einer paritätischen Besetzung der verschiedenen wirtschaftlichen Selbstverwaltungskörper sind dabei wohl in erster Linie zu nennen. Hinter diese beiden Punkte treten alle anderen Fragen mehr oder weniger zurück. Das gilt beispielsweise nicht nur für die umfassenden Pläne für eine demokratische Leitung der Gesamtwirtschaft, sondern erst recht für alle die Probleme, deren Lösung eigentlich die Grundvoraussetzung für das Gelingen jeder Form von Wirtschaftsdemokratie ist. Gemeint sind damit alle jene Fragen, die mit der Demokratisierung des Bildungswesens zusammenhängen.

Und doch liegt gerade hier der entscheidende Ansatzpunkt. Diese Tatsache zu übersehen, wäre eine verhängnisvolle Blindheit, die leicht alle anfänglichen Erfolge illusorisch machen kann. Denn was nützt es letztlich den arbeitenden Menschen, wenn es ihnen nach zähem Kampf gelungen ist, ihre Gleichberechtigung bei den Führungsaufgaben der Betriebe, überbetrieblichen Organe und der Volkswirtschaft insgesamt durch Schaffung neuer institutioneller Bedingungen zu sichern und sie diese Führungsaufgaben aber nun aus Mangel an der erforderlichen Vorbildung nicht kraftvoll und selbstbewusst erfüllen können. Niemand unterschätze die unabdingbare Notwendigkeit solcher Vorbildung! Unsere Wirtschaft ist heute nicht mehr dieselbe wie sie Marx vor Augen hatte! Es wäre ein Unding zu glauben, dass die Arbeiter heute an der Werkbank stehen und morgen vor Verwaltungsakten sitzen können. Wirtschaft bedeutet heute ein so unendlich mannigfaltig differenziertes und kompliziertes Gebilde, dass sie an jeder Stelle - und erst recht bei allen leitenden Funktionen - hoch qualifizierter Fachkenntnisse bedarf. Um nur ein Beispiel zu nennen: ist nicht die Buchhaltung eines modernen Industriebetriebes für den einzelnen Handarbeiter desselben Betriebes schon fast zu einer Geheimwissenschaft geworden? Dieser Vergleich mag überspitzt formuliert sein, atier er kennzeichnet doch sehr plastisch dasjenige Problem, auf dessen Nichtlösung durch die Werkstätigen die kapitalistischen Unternehmer auch heute wieder vertrauen. Und dessen Nichtlösung zu verewigen, sie in Öffentlichkeit und Parlamenten schon mit einem nahezu verdächtigen Eifer bestrebt sind. Oder ist etwa die so große Einmütigkeit bei der Abwehr aller Schulreformpläne nicht verdächtig? Die Vertreter des herrschenden bürgerlich-kapitalistischen Systems wissen ganz genau, worum es hierbei geht. Institutionen bedürfen immer der Menschen, die sie nicht nur als Programm bejahen, sondern sie auch mit dem ganzen Gewicht ihres individuellen und gemeinschaftlichen Wertes auszufüllen vermögen. Solange aber die Vertreter der werktätigen Bevölkerung in Betriebsräten, Vorständen, Aufsichtsräten, Kammern und sonstigen Organen nicht denselben volkswirtschaftlichen Überblick und dieselben betriebswirtschaftlichen Kenntnisse besitzen wie die Unternehmer und ihre bezahlten Funktionäre, so lange wird es auch keine echte Wirtschaftsdemokratie geben. Scheinbare Zugeständnisse dürfen über diese Realität nicht hinwegtäuschen.

Ein anschauliches Beispiel für diese Erkenntnis ist das Schicksal des Betriebsbilanzgesetzes von 1921 über das ein Jahr vorher verabschiedete Betriebsrätegesetz hinausgehend, das nur die Vorlage einer formalen Bilanz im üblichen Sinne vorsah, forderten die Arbeitnehmer die Vorlage einer so weit aufgegliederten Bilanz, dass daraus die Lage ihrer jeweiligen Betriebe eindeutig ersichtlich wurde. Diese Forderung war durchaus angemessen und auch keineswegs unbillig, denn ohne einen solchen Aufschluss über die finanzielle Seite der Betriebsvorgänge konnte kein Betriebsrat erfolgreich wirken. Es gelang jedoch nicht, die Forderung restlos durchzusetzen. Bei der sehr heftigen Diskussion zeigte sich auch damals eine geschlossene Einheitsfront der Kapitalisten und des (angeblich neutralen) Staates gegen die Arbeitnehmer. Diese erreichten lediglich, dass den Betriebsräten eine Bilanz vorgelegt werden musste, die einen Überblick über den Vermögensstand des Unternehmens gab. In die zum Verständnis dieser Bilanz nun einmal erforderlichen Unterlagen brauchte der Unternehmer keine Einsicht zu gewähren. Er war zwar zu einer gewissen Erläuterung und zu Auskünften gesetzlich verpflichtet, doch hatte er hierbei so viele Möglichkeiten der Verschleierung, dass sich darüber zu reden erübrigt.

Ein ähnliches Schicksal erlebte das Aufsichtsratsgesetz von 1922, das die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat vorsah. Auch hier gelang es den Unternehmern durch mancherlei Manipulationen, eine echte Mitbestimmung zu verhindern. Nicht zuletzt waren es die fehlenden Kenntnisse der Betriebsräte, die den Unternehmern die Umgehung der vom Gesetzgeber im übrigen sehr lax gehandhabten Bestimmungen nur zu leicht machte. Das Bildungsmonopol der Besitzenden war noch zu stark, als dass es an wesentlichen Stellen hätte durchbrochen werden können.

Man kann der Arbeiterbewegung keineswegs den Vorwurf machen, dass sie nicht ihr möglichstes getan hat, um dieses Bildungsmonopol zu brechen. Im Gegenteil, sie hat auf diesem Gebiet Leistungen vollbracht, die zu übersehen zwar heute leicht, deren gerechte Würdigung aber umso notwendiger ist. Arbeiterbildungsvereine, Gewerkschaftsschulen und -kurse, Volkshochschulen und andere Volksbildungsbestrebungen haben der Arbeiterbewegung erst die Stoßkraft gegeben, die aus ihr eine gefürchtete Drohung für die herrschende Klasse vor dem ersten Weltkrieg machte. Das staatliche Volksschulwesen war damals kümmerlich genug, es hätte niemals die erforderliche geistige Beweglichkeit vermitteln können. Erst die von den Arbeitnehmern getragenen Einrichtungen haben dies vermocht - leider nur zu einem Teil, denn wenn alle diese Bestrebungen ausgereicht hätten, wäre die Revolution von 1918 sicherlich nicht aus Angst vor der eigenen Kraft in sich zusammengefallen. Aber doch offenbaren diese Bemühungen, die sich aus jahrzehntelanger unsäglicher Kleinarbeit nach Schluss der damals ohnehin viel längeren Arbeitszeiten zusammensetzen, einen so heißen Drang nach Wissen und Wissenserweiterung, dass man ihnen nur höchste Achtung entgegenbringen kann.

Alle Erfahrungen der Weimarer Republik - vom Zusammenbruch der Revolution bis zu der aus zahlreichen Abwehraktionen zusammengesetzten Verhinderung aller Versuche zur Wirtschaftsdemokratie durch das herrschende System - beweisen mehr als deutlich, wo der Hebel anzusetzen ist. Gewiss, manches ist schon sehr viel besser geworden. Die Volksbildung von heute ist mit derjenigen von gestern nicht mehr zu vergleichen, ein feingegliedertes Berufs- und Fachschulwesen ist entstanden, und manche andere Einrichtungen haben Bildungs- und Aufstiegsmöglichkeiten bedeutend erweitert. Besondere Institute wie die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. oder die Akademie für Gemeinwirtschaft in Hamburg stellen universitätsähnliche Einrichtungen dar, die besonders dazu geeignet sind, die zur Verwirklichung der Wirtschaftsdemokratie auf breiter Basis erforderlichen Menschen heranzubilden und zu formen.

Alles dies ist ein Programm auf lange Sicht, denn Menschenformung ist keine Aufgabe von heute auf morgen. Aber eben darum besteht auch die Gefahr, dass das Programm für morgen hinter den Forderungen des Tages zurücktritt. Und auf diese Gefahr gilt es immer wieder hinzuweisen! Denn sonst kann wieder die Stunde kommen, da die Arbeiterbewegung nicht in der Lage ist, den erkämpften Sieg auszuwerten. Teilsiege sind zweifellos schon erzielt, weitere scheinen greifbar. Alles wird darauf ankommen, diese Teilerfolge so zu festigen und auszubauen, dass die Forderung nach Wirtschaftsdemokratie Schritt für Schritt verwirklicht wird, ohne dass dem Gegner ein Einbruch in die vorrückenden Linien gelingt, von dem aus er einen weiten Teil der Front aufrollen könnte. Um dies aber zu verhindern, bedarf es geeigneter Menschen für die wirtschaftlichen Führungsstellen und das in großer Zahl. Kurzum, es handelt sich hier um das *Problem der Elitenbildung* in der Arbeiterbewegung.

Was ist zu tun? In erster Linie brauchen wir einen Ausbau der gewerkschaftlichen Fortbildungsmöglichkeiten auf breiter Basis, in zweiter eine Erweiterung aller öffentlichen Bildungsanstalten. Je schwieriger aus finanziellen Gründen die gewerkschaftliche Arbeit in dieser Hinsicht ist, umso dringlicher muss die Demokratisierung des Bildungswesens betrieben werden. Schulreform ist und bleibt ein Gebot der Stunde, auch wenn die Vertreter des heutigen Schulwesens noch so oft und noch so heilig beteuern, dass soziale Unterschiede keinerlei Gewicht mehr bei ihnen besitzen. Auch wenn sie sich noch so sehr bemühen, durch Statistiken, Gutachten und Denkschriften die Vorzüge des bestehenden und die Nachteile des angestrebten Schulaufbaus zu beweisen. Ein Blick auf die Wirklichkeit - und das gilt vor allem für die höheren Schulen - zeigt nur zu deutlich die hinter dieser pseudowissenschaftlichen Argumentation stehenden Standes- und Klasseninteressen. Ist es doch ein offenes Geheimnis, dass in einer Großstadt mit zahlreichen höheren Schulen immer einige mit ausgesprochen exklusivem Charakter vorhanden sind, in die einzudringen Kindern der arbeitenden Bevölkerung auch heute noch - wo es doch angeblich keine Klassenunterschiede mehr gibt - kaum möglich ist. Die Ausmerzung solcher Bildungsreservate bzw. ihre Öffnung für alle ist als Aufgabe noch zu bewältigen.

Die Verlängerung der Volksschulpflicht bis zum 16. Lebensjahr ist in zahlreichen Ländern bereits durchgeführt. Die Verwirklichung dieser Forderung scheint in Westdeutschland gute Aussichten zu haben, zumal hierdurch die Schwierigkeiten der Lehrstellenbeschaffung für Schulentlassene vorübergehend gemildert werden. Viel wichtiger noch ist die Einführung der Schulgeldfreiheit, besonders für die höheren Schulen. Ihr entspricht bei den Hochschulen und Universitäten die Gebühren- und Kolleggeldfreiheit. Wenn diese notwendigen Reformen bisher fast alle an fiskalischen Erwägungen gescheitert sind, so liegt hierin - vor allem, wenn es sich um sozialistisch regierte Bundesländer handelt - ein sehr handgreiflicher Beweis dafür, dass man die so wichtigen Zusammenhänge zwischen Wirtschaftsdemokratie und Gleichheit der Bildungschancen nicht sieht. Dass man sie sehr wohl sieht und darum gerade eine bewusste Obstruktionspolitik treibt, beweist ein Fall wie Bayern, wo die amerikanische Besatzungsmacht versucht hat, die Schulgeldfreiheit - jedenfalls teilweise - gegen den Willen der bayrischen Landesregierung einzuführen.

Manches könnte hier noch angedeutet oder näher ausgeführt werden, doch müssen wir in diesem Zusammenhang darauf verzichten. Fassen wir noch einmal zusammen, worauf es uns hier ankam: Wirtschaftsdemokratie kann nicht allein durch einen Umbau der gesellschaftlichen Institutionen auf den verschiedenen Ebenen erreicht werden. Alle Erfolge der Arbeiterbewegung in dieser Hinsicht werden ausgehöhlt, wenn sie diese Erfolge nicht durch eine ausreichende Zahl von entsprechend qualifizierten Menschen sichern kann. Demokratisierung der Wirtschaft setzt *Demokratisierung des Bildungswesens* voraus. Nur durch eine echte Elitenbildung von unten her kann den zwar verkrusteten, aber trotzdem immer noch recht lebensfähigen Eliten von oben standgehalten werden. Vernachlässigt man diese Erkenntnis, dann tragen alle Ansätze zur Wirtschaftsdemokratie schon den Keim des Verfalls in sich.
